

# **Bundesratsbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung des Nationalen Berufsbildungsfonds Zahntechnik**

vom 28. November 2006

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*

gestützt auf Artikel 60 Absatz 3 des Berufsbildungsgesetzes  
vom 13. Dezember 2002<sup>1</sup> (BBG),

*beschliesst:*

## **Art. 1**

Der Nationale Berufsbildungsfonds Zahntechnik der Stiftung Zahntechnik des Verbands Zahntechnischer Laboratorien der Schweiz (VZLS) gemäss dem Reglement vom 21. Mai 2005<sup>2</sup> wird allgemein verbindlich erklärt.

## **Art. 2**

<sup>1</sup> Durch den Berufsbildungsfonds werden Leistungen finanziert, die die VZLS-Stiftung Zahntechnik für die berufliche Grundbildung, die höhere Berufsbildung und die berufsorientierte Weiterbildung erbringt.

<sup>2</sup> Es sind dies konkret:

- a. Aus- und Weiterbildung der Berufsfachschullehrerinnen- und -lehrer Zahntechnik an den Berufsfachschulen sowie der Dozentinnen und Dozenten an der Höheren Fachschule Zahntechnik Schweiz;
- b. Massnahmen für die Rekrutierung von geeigneten Lehrkräften für Zahntechnik an den Berufsfachschulen sowie an der Höheren Fachschule Zahntechnik Schweiz;
- c. Deckung von Kosten für überbetriebliche Kurse, soweit die Kosten nicht durch die Lernenden oder die Lehrbetriebe getragen werden oder nicht durch staatliche Zuwendungen und Beiträge gedeckt sind;
- d. Deckung von Infrastrukturkosten für den Betrieb der Höheren Fachschule Zahntechnik Schweiz;
- e. Abgeltung der Kosten der Schulleitung, der Schuldirektorinnen und -direktoren und des zentralen Schulsekretariats der Höheren Fachschule Zahntechnik Schweiz;

---

<sup>1</sup> SR 412.10

<sup>2</sup> Der Text dieses Reglements ist im Schweizerischen Handelsamtsblatt, Nr. 237 vom 6. Dezember 2006, veröffentlicht.

**Art. 6**

<sup>1</sup> Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

<sup>2</sup> Die Allgemeinverbindlicherklärung ist unbefristet.

<sup>3</sup> Sie kann vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie widerrufen werden.

28. November 2006

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Moritz Leuenberger

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz